



Bundestags- brief

Nr.223 • Die Woche im Bundestag • 23.03.2018



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die Kultur als Nährboden demokratischer Verständigung weiter stärken

Mit dem Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD deutlich gemacht, dass der Kunst und Kultur auch in den kommenden vier Jahren herausragende Bedeutung zukommt, dort heißt es unter anderem: „*Kunst und Kultur [...] sind Grundlage unserer offenen, demokratischen Gesellschaft.*“ Künstler, Intellektuelle und Kreative sind Seismographen gesellschaftlicher Entwicklung. Sie sind es, die Trends häufig als Erste erspüren, Debatten auslösen und so die gesellschaftliche Verhandlung über den Modus unseres Zusammenlebens am Leben erhalten.

Umso wichtiger ist es, dass die Kultur- und Medienpolitik diesen Nährboden demokratischer Verständigung pflegt: die Freiheit der Kunst, die Lebendigkeit der Kultureinrichtungen, die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien.

In Anerkennung dieser bedeutenden Funktion der Kultur haben wir den Haushalt des Bundes für Kultur und Medien in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Und auch der neue Koalitionsvertrag stärkt den Bereich für Kultur und Medien mit zahlreichen Vorhaben. Dazu gehören beispielsweise die Förderung der kulturellen Angebote in ländlichen und strukturschwachen Regionen, aber auch eine stärkere Förderung der kulturellen Bildung. Mit dem Koalitionsvertrag beweisen Union und SPD einmal mehr, welch' immense Bedeutung sie der Kultur- und Medienpolitik für Demokratie und Verständigung beimessen.

Beispielhaft steht dafür das Humboldt Forum, Deutschlands größtes Kulturprojekt. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die wir hier präsentieren wollen, bieten in Verbindung mit der benachbarten Museumsinsel und deren Kulturschätzen aus Europa und dem Nahen Osten einmalige Einblicke in das kulturelle Erbe der Menschheit.

Sie offenbaren, dass es ein „Wir“ nicht nur innerhalb, sondern auch jenseits kultureller und nationaler Grenzen gibt. Ich denke, es sagt viel über das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus, dass wir im Herzen der deutschen Hauptstadt nicht uns selbst in den Mittelpunkt stellen, sondern der Welt in Berlin ein Zuhause geben und das Eigene im Austausch mit dem Anderen definieren. Deutschland empfiehlt sich damit als Partner in der Welt - als treibende Kraft einer Verständigung der Völker.

Das Humboldt Forum lädt dazu ein, Weltbürger zu sein. Gleichzeitig rückt mit seiner Eröffnung im kommenden Jahr - und dem damit verbundenen Umzug der ethnologischen Sammlungen von Dahlem in Berlins Mitte - aber auch das viel zu lange verdrängte Unrecht der Kolonialzeit ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit.

Das Ziel, Grundsätze für den Umgang mit dem kolonialen Erbe in Sammlungen und Museen zu erarbeiten, wird deshalb in meiner zweiten Amtszeit als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien höchste Priorität für mich haben: sie ist notwendig als konsequente Fortsetzung einer Erinnerungspolitik, die großen Anteil hat am mittlerweile wieder hohen Ansehen Deutschlands in der Welt hat.

Weil sich eine demokratische Kultur der Verständigung nicht nur in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, sondern auch in der Gestaltung der Zukunft bewährt, müssen wir auch darauf achten, im Internet für Regeln zu sorgen, die eine demokratische Debattenkultur schützen und fördern. Neben der Meinungsfreiheit gehört dazu auch die Kunstfreiheit. Sie gilt es, auch weiterhin und gerade jetzt zu verteidigen.

Europäischer Rat in unruhigem internationalen Umfeld

Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates stehen traditionell Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs werden sich darüber hinaus mit einer Reihe weiterer drängender Fragen beschäftigen, darunter Steuern und Außenpolitik.

Weiterhin werden die EU-Führungsspitzen im EU27-Format auch über den Brexit und im Euro-Gipfel-Format über das Euro-Währungsgebiet beraten. Europa befindet sich in einer Phase wirtschaftlicher Erholung. Aber noch immer ist die Jugendarbeitslosigkeit in Teilen der EU besorgniserregend hoch.

Zudem findet der Gipfel in einem schwierigen internationalen Umfeld statt, das u.a. von einem Giftgasangriff in Großbritannien, dem Brexit sowie handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den USA geprägt ist.

Wir sind stolz auf unsere Paralympische Mannschaft

Die Deutsche Paralympische Mannschaft hat mit zahlreichen Erfolgen und Bestleistungen eindrucksvoll bewiesen, dass sie zur absoluten Weltspitze zählt.

Unsere Athleten haben Gold-, Silber- und Bronzemedailles gewonnen und zahlreiche weitere gute Platzierungen erreicht.

Wir gratulieren ihnen herzlich. Sie haben mit Können und Leidenschaft unser Land in Pyeongchang (Südkorea) vertreten und Begeisterung weit über den Behindertensport hinaus ausgelöst.

Unsere Paralympioniken sind für uns alle, insbesondere für unsere Jugend, wichtige Vorbilder und Vorkämpfer für eine stärkere Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Paralympics zeigen, dass Einschränkungen überwunden und hohe Ziele erreicht werden können, wenn alle zusammenhalten und sich gegenseitig helfen.

Unsere Sportler und ihre Helfer sind wichtige Multiplikatoren für den Sport von Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Unser Ziel muss es sein, die Begeisterung der Paralympics weiterzutragen und den paralympischen Spitzen- und Breitensport in unserem Land langfristig zu fördern und weiterzuentwickeln.

Koalitionsvertrag Grundlage für höheres Wirtschaftswachstum

Die neueste Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft 2018 um 2,4 Prozent, im kommenden Jahr dann um 1,9 Prozent wachsen wird.

Die Berechnungen der Konjunkturforscher fallen damit um 0,2 beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte höher aus als noch im Dezember 2017.

Grund dafür sind die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen, die signifikante Entlastungen der privaten Haushalte erwarten lassen.

So stelle die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung trotz weniger stark steigender Unternehmensgewinne eine Entlastung der Arbeitnehmer in Höhe von mehreren Milliarden Euro in Aussicht.

Ferner stiegen die verfügbaren Einkommen durch geplante Maßnahmen der Großen Koalition im Bereich der Rente sowie durch die Erhöhung des Kindergeldes. Beides dürfte sich positiv auf den privaten Konsum auswirken. Dieser wird ebenfalls durch die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt.

Das DIW prognostiziert hier einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 5,2 Prozent im laufenden Jahr. 2019 könnte die Zahl der Arbeitslosen gar auf 4,8 Prozent zurückgehen und damit unter die Fünf-Prozent-Marke fallen.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)